

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Geschichte einer Verhaftung.

Reichskommissar gegen Innenministerium!

Als gestern Abend die Nachricht von einer Verhaftung eines rechtsradikalen Offiziers unter dem Verdacht des Mordversuchs gegen General v. Seekt verbreitet wurde, hieß es ausdrücklich, daß die Berliner Polizeibehörden im Interesse der Voruntersuchung keinerlei Mitteilungen über Einzelheiten dieser Verhaftung machen könnten, die im übrigen von einer Reichsbehörde vorgenommen seien. Die „Voss. Zig.“ weist heute morgen darauf hin, daß die preussischen Behörden „merkwürdigerweise vollständig übergegangen worden sind“. Sie findet mit Recht, „daß dieses Verfahren des Reichskommissars von den preussischen Behörden und der Berliner Polizei als Kränkung empfunden werden müsse, und daß man sich nicht wundern dürfe, wenn das Preussische Innenministerium bei der Reichsregierung dagegen Protest erhebt“.

Die gesamte Presse hat sich im übrigen an den strikten Wunsch der Polizeibehörden gehalten, keine Mitteilungen über den Attentatsplan zu machen. Nur der „Lokal-Anzeiger“ macht eine rühmliche Ausnahme. Offenbar dank seiner guten Beziehungen ist er in der Lage mitzuteilen:

„Die bayerische Regierung hat in Erfahrung gebracht, daß rechtsradikale kleine Kreise einen ebenso phantastischen wie ungeheuerlichen Plan entworfen haben sollen, um eine Umwälzung in Deutschland hervorzurufen. Die jugendlichen Phantasten hatten angeblich nichts weniger im Sinne, als den Oberbefehlshaber, auf den die gesamte vollziehende Gewalt übergegangen ist,

General v. Seekt, und weiter den bayerischen Staatskommissar v. Kahr und den General v. Cossow zu ermorden.

Dadurch hätten sie auch den unmittelbar vor der Tür stehenden Prozeß gegen Hitler, Lubendorff und Genossen zu verhindern gehofft.

Wichtigemäß teilte die bayerische Regierung das der preussischen mit, die sofort den Untersuchungsrichter des Landgerichts I mit der weiteren Untersuchung beauftragte. Diese ergab, daß des Haupt der kleinen Verschwörerbände der 28-jährige Kaufmann und frühere Offizier Thormann ist, der von deutschen Eltern in Dänemark war. Thormann war im übrigen schon in verschiedne andere Verschwörungen verwickelt. Gestern vormittag ermittelte der Untersuchungsrichter, daß sich Thormann im Café Josty am Potsdamer Platz aufhalte; er erbat und erhielt sofort Beamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, die nach dem Café eilten und Thormann, der bestig widerstand, festnahmen und nach Moabit brachten. Dort wurde er dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der ihn nach kurzem Verhör wegen Mordversuchs verhaftete und in das Untersuchungsgefängnis einliefern ließ.“

Man tut dem „Lokal-Anzeiger“ wohl nicht unrecht, wenn man als Beweggrund dieses von dem Verhalten der übrigen Presse ab-

weichenden Benehmens den Wunsch ansieht, den natürlich sofort funktionierenden Verdunflungsmandauern rechtsradikaler Kreise zu Hilfe zu kommen.

Das eigenartige Vorgehen des Reichskommissars, der ohne Wissen der preussischen Regierung Verhaftungen vornehmen ließ, hat ohnehin schon die Aufhellung des Attentatsplanes aufs äußerste erschwert. Wir können die durchaus berechtigte Beschwerde der „Vossischen Zeitung“ noch durch einige Einzelheiten ergänzen. Soweit wir haben feststellen können, hat der Reichskommissar für öffentliche Ordnung nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, dem preussischen Innenministerium und der Abteilung I A von keinen Informationen Kenntnis gegeben. Er hat unter Umgehung dieser Instanzen beim Staatsanwalt des Landgerichts die Ausstellung eines Haftbefehls beantragt. Rechtswärtdigerweise hat der Staatsanwalt diesen Haftbefehl seinerseits nicht der politischen Polizei, sondern dem Reichskommissar zur Verfügung gestellt. Der Herr Reichskommissar hat daraufhin, da er selbst über Exekutivgewalt nicht verfügt, das Polizeirevier um Ausführung des Haftbefehls erbeten. Das zuständige Polizeirevier verhaftete Thormann im Café Josty und führte ihn pflichtgemäß dem Polizeipräsidium zu. Oberregierungsrat Weiß im Polizeipräsidium ist genötigt, da ihm keinerlei Akten über die Vorgeschichte der Verhaftung zur Verfügung stehen, den Verhafteten sofort nach Moabit zu überweisen. Der Untersuchungsrichter in Moabit sieht in ganz kurzer Zeit, daß er umgekehrt ohne die Unterstützung der politischen Polizei die weiteren Ermittlungen nicht führen kann. Er ersucht sofort das Polizeipräsidium um die Vornahme weiterer Verhaftungen, vor allem die des Komplizen Thormanns, eines Dr. B. Als das Polizeipräsidium — jetzt endlich informiert — zur Verhaftung dieses Komplizen schreiten will, ist das Netz leer und der Vogel ausgeflogen. Der Wirrwarr der Instanzen hat mal wieder eine reißende Aufklärung und sofortige Festlegung aller Beteiligten verhindert. Herr Dr. B. ist nach Bayern verschwunden und in Bayern pflegt man solche Leute nicht so schnell zu fangen.

Der Herr Reichskommissar wird sich zu diesen Mitteilungen zweifellos äußern müssen. Wir glauben nicht, daß er sie bestritten kann. Das überte Vorgehen hat die staatlichen Sicherheitsmaßnahmen aufs schwerste geschädigt und wir hoffen bestimmt, daß die Reichsregierung den Sicherheitskommissar anweist, in Zukunft nur Hand in Hand mit dem preussischen Innenministerium und der politischen Polizei zu arbeiten.

Aufgaben nach dem Abbau.

Produktive Arbeit oder Staatsrentnerium?

Von Dr. Hans Böcker.

Die Frage, was mit den auf Grund der Abbaumassnahmen ausscheidenden Beamten und Staatsangestellten geschehen soll, hat in der Öffentlichkeit viel zu wenig Beachtung gefunden. Man hat zwar von gewisser Seite her einen starken Druck auf die Regierung ausgeübt, die Beamtenschaft durch Entlassungen zu vermindern, und noch heute werden Stimmen laut, denen der im Gange befindliche Abbau nicht rasch genug vor sich geht. Ganz abgesehen davon aber, ob die Entlassung einer gewissen Zahl von Beamten überhaupt die behauptete finanzielle Wirkung erbringt — eine Frage, über die sich die Öffentlichkeit auch keine Gedanken gemacht hat — scheint sich darum niemand zu kümmern, was aus den Abgebauten werden soll. Auch die Personalabbaupflicht (und das heißt in diesem Falle die Regierung selbst) ist an dieser Frage vollständig vorbeigegangen. Man nimmt vielmehr in der Öffentlichkeit an, daß die Entlassenen durch Pensionen und Wartegelder hinreichend versorgt seien. Dies ist jedoch, abgesehen davon, daß den Angestellten solche Versorgungsbezüge nicht zustehen, auch bezüglich der Beamten ein Irrtum. Einmal sind nämlich die Beamten nur nach einer zehn- oder mehrjährigen Dienstzeit pensionsberechtigt, zum anderen jedoch sind die Pensionen, falls sie noch nicht die Höchstgrenze erreicht haben, zur Bestreitung des Lebensunterhalts, insbesondere bei den heutigen selbst schon unzulänglichen Gehältern völlig unzureichend. Auch auf die Wartegelder trifft dies zu, da sie nach der neuen Bestimmung der Personalabbaupflicht für jedes an 25 Jahren fehlende Dienstjahr um 2 Proz. bis herab zu 40 Proz. des Dienstverdienstes gekürzt werden. Hierzu kommt noch, daß ein großer Teil der zur Entlassung kommenden Beamten überhaupt noch nicht versorgungsberechtigt ist. In der Praxis stellt sich die Sache so dar, daß insbesondere bei der Verkehrsverwaltung die große Masse der Abgebauten lediglich mit sogenannten Abfindungssummen abgepeist wird. Diese Abfindungen erreichen im Höchstfalle den Betrag einiger Monatsgehälter.

Was sollen diese Beamten anfangen, wenn nach kurzer Zeit diese Beträge aufgebraucht sind? Der allgemeine Arbeitsmarkt kann sie in der heutigen Zeit der großen Erwerbslosigkeit nicht aufnehmen und auch in näherer Zukunft ist mit einer Besserung auf diesem Gebiete nicht zu rechnen. Es wird also unumgänglich sein, dieser Entwicklung einfach tatenslos zuzusehen. Es müßten ja letzten Endes die durch den Abbau erzielten Ersparnisse durch Unterstützungsmassnahmen wieder ausgeglichen werden. Auch volkswirtschaftlich gesehen ist es keinesfalls angängig, die Masse der mit einem Schlag brütlos gewordenen Staatsbediensteten einfach der Reservearmee der Arbeitslosen einzugliedern. Dies gilt auch für diejenigen Beamten, die in der Form von Ruhegehalt oder Wartegeld mehr oder weniger zureichende Versorgungsbezüge für die Dauer zu beanspruchen haben. Ein Staat und eine Wirtschaft, wie wir sie in Deutschland haben, kann sich unumgänglich die zwangswel'e Schaffung eines Heeres von Staatsrentnern, die letzten Endes Kostgänger der Allgemeinheit sind, leisten.

Es ergibt sich also die unabwiesbare Notwendigkeit, möglichst viele von den Entlassenen in irgendeiner Weise neuer produktiver Tätigkeit zuzuführen. Und da aus den erwähnten Gründen der allgemeine Arbeitsmarkt zu ihrer Aufnahme nur in verschwindend geringem Umfange in der Lage ist, müssen Wege zur Schaffung neuer Existenzmöglichkeiten gefunden und beschritten werden. Hiermit ergibt sich aber sofort die finanzielle Seite der Angelegenheit. Zur Schaffung einer Existenz, d. h. eines mit eigenen Produktionsmitteln wirtschaftenden Erwerbes, ist die Inneführung von Kapital Voraussetzung. Da die entlassenen Beamten über eigenes Kapital nicht verfügen, kann es sich hierbei nur um Leihkapital handeln. Die Schwierigkeit, solches Leihkapital heranzuziehen, wäre, bei der Leistung entsprechender Sicherheiten, wohl dann zu überwinden, wenn eine Garantie für die Verzinsung gegeben werden könnte. Hier legt ein Plan ein, der zur Leistung dieser Zinsgarantie das Reich und die sonstigen öffentlichen Körperschaften als ehemalige Arbeitgeber der Entlassenen heranziehen will. Allerdings muß dieser Plan angesichts der finanziellen Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand vermieden, irgendwelche neuen geldlichen Ansprüche an den Staat zu stellen; er muß sich daher darauf beschränken, diejenigen Ausgaben, die ohnedies aus Anlaß des Abbaus entstehen, in ihrer Verwendung so umzugestalten, daß das erstrebte Ziel wenigstens einigermaßen damit zu erreichen ist. Dies kann geschehen, wenn die gezielte Möglichkeit geschaffen wird, sowohl die Pensionen und Wartegelder als insbesondere die Abfindungssummen in Renten umzuwandeln, die als Zinsgarantie für die aufzubringenden Kapitalien verwendet werden. Bei den Abfindungssummen tritt in diesem Falle insofern eine Entlastung der Staatswirtschaft ein, als dann diese Summen nicht mehr auf einmal, sondern in Teilbeträgen, auf einen gewissen Zeitraum verteilt, ausgezahlt werden müssen. Man wird ferner die Rente, zu der solche Abfindungssummen umgewandelt werden, auf eine nicht zu lang bemessene, zur wirtschaftlichen Umstellung jedoch ausreichende Zeit beschränken müssen, um bei der geringfügigkeit der Summe eine möglichst hohe Kapitalsumme damit verzinsen zu können. Bei Pensionen und Wartegeldern wird der Zeitraum, entprechend den zur Verfügung stehenden größeren Beträgen, größer sein können.

Macdonalds Kritik.

Inserem Bericht im heutigen Morgen-„Vorwärts“ über den ersten Tag der Adressdebate des Unterhauses seien noch weitere Ausführungen des Genossen Macdonald nachgetragen, die wir der III. entnehmen:

Macdonald hat noch u. a. ausgeführt, daß die Lage Englands in Europa sich bedenklich verschlechtert habe, und man unverzüglich die bisher von der Regierung betriebene Politik aufgeben müsse. Macdonald betonte, daß, wenn England den festen Entschluß fasse, dem Chaos ein Ende zu machen, auch eine Veränderung in der politischen Lage Deutschlands eintreten würde. Zur

Ruhebesetzung

erklärte Macdonald: Wenn wir uns zwölf Monate im Geiste zurückversetzen, so stellen wir fest, daß das englische Kabinett mit der französischen Politik in der Ruhrfrage nicht einverstanden war. Als nun die englische Regierung von ihren eigenen Ratgebern erfuhr, daß die bevorstehende Ruhebesetzung ungesellig war, beschränkte sie sich darauf, ihren Verbündeten zu sagen, wenn wir uns auch dem Unternehmen nicht anschließen, weil wir überzeugt sind, daß ihr unrecht habe, so hoffen wir doch, daß es euch gelingt, Reich ein Wahnsinn! Sobald nun der Augenblick kommt, diese Politik zu ändern, sind bei Vorhandensein des festen Entschlusses auch die Schwierigkeiten zu überwinden, die England bei den Anstrengungen entgegenstehen, die es unternehmen muß, um seine Autorität wiederzugewinnen. Wir müssen um jeden Preis neue Wege in der Politik einschlagen und dürfen es nicht dulden, daß man uns übergeht.

Ich bin überzeugt, daß keine Nation in ganz Europa uns weiter beiseite stehen lassen wird, wenn wir nachdrücklich bekunden, daß wir unseren Entschluß in Geltung zu verschaffen wünschen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede machte Macdonald der Regierung ihre unschlüssige Politik nach dem Januar 1923 sowie die Haltung ihrer Räte über die Ungeheimlichkeit der Ruhrbesetzung zum Vorwurf. Macdonald spielte auf das Pariser Kommuniqué an und erklärte, daß die Regierung, die eine so ungesellige Politik treibe, keinen Anspruch auf das Vertrauen ihres Landes haben kann.

Lloyd George

verlangte bestimmte Zusätze über die Tanagerfrage, die Situation im Rheinland sowie über die rheinische Abfallbewegung, sowie Anschluß über gewisse Abmachungen der französischen Regierung mit deutschen Finanzleuten in der Frage der Kohlengruben. Lloyd George sagte hinzu:

Wenn unsere Verbündeten die Separatisten gefördert haben, so haben sie damit einen schändlichen Bruch des Verfallsvertrags begangen.

Kürzlich, so fuhr Lloyd George fort, sei mit genügender Klarheit bemerkt worden, daß französisches Geld zur Unterdrückung der Abfallbewegung verwendet wurde, denn wenn der Teil der

öffentlichen Meinung in Frankreich, der eine Annetierung der Rheinlande begünstigt, mit seinen Plänen Erfolg hat, so werde der europäische Frieden bedroht sein und ein erster Konflikt sei unvermeidlich. Zum Schluß ergriff noch

Ministerpräsident Baldwin

das Wort, von den Konservativen mit lebhaftem Beifall begrüßt, und sagte u. a.: In einem Parlament, in dem drei ungleiche Parteien vertreten sind, von denen keine ohne die Unterstützung der anderen beiden eine Politik machen könnte, besteht das einzige Mittel, dieses Problem zu lösen, darin, eine

Konferenz von Vertretern sämtlicher Parteien

herbeizuführen, um eine offizielle Verständigung über eine gemeinsame Politik zu erreichen. Im Hinblick auf die Arbeiten des von der Reparationskommission ernannten Sachverständigenausschusses bemerkte Baldwin, daß dieser Ausschuss den ersten wahren Versuch zur Erzielung eines Ergebnisses seit einem Jahr darstelle. Es sei möglich, meinte Baldwin weiter, daß die französische Regierung auf Grund des gegenwärtigen Meinungsaustausches zur Erkenntnis kommt, daß das ganze Reparationsproblem unverzüglich zur Lösung gebracht werden müsse. Hinsichtlich des rheinisch-pfälzischen Separatismus sagte Baldwin noch, die Situation in dieser Gegend habe der englischen Regierung lebhaftes Besorgnis bereitet.

Der Kampf gegen den Frankensturz.

Paris, 16. Januar. (W.F.) Zu den gestrigen Beschlüssen des Ministerrats bemerkt Havas in einer längeren Erläuterung, das Hauptkernstück der ins Auge gefaßten Maßnahmen bestehe in dem tatsächlichen Ausgleich des Budgets. Seit dem Frieden sei dem ordentlichen Budget das Budget der von Deutschland zu erhaltenden Ausgaben angegliedert gewesen, namentlich derjenigen Ausgaben, die die Wiederherstellung der besetzten Gebiete nach sich ziehe. Das Verlangen Deutschlands habe sich die französischen Regierung dazu genötigt, zur Anleihe ihre Zuzucht zu nehmen, um diese Ausgaben zu decken. Daraufhin habe sich ein Anachsen der französischen Schuld um mehr als 100 Milliarden Franken ergeben, die naturgemäß die gesamten Finanzen belasteten. Die Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß mit diesem Verfahren gebrochen werden müsse. Sie betrachte zwar auch für die Zukunft ihren Willen, für die Kosten der Wiederinstandsetzung der zerstörten Departements Bezüge von Deutschland zu erlangen — und die Besetzung des Ruhrgebiets liefere ihr hierzu ein sehr zuverlässiges Mittel —, aber sie wolle unverzüglich sämtliche Ausgaben, gleichviel ob sie vom ordentlichen oder vom dem Budget der von Deutschland zu erstattenden Ausgaben herrühren, mit Hilfe gleichwertiger Einnahmen decken.

Jedoch in den versicherungstatistischen Erfahrungen über die voraussichtliche durchschnittliche, dem Lebensalter des betreffenden abgebauten Beamten entsprechende Lebensdauer keine Begrenzung finden.

Werden so ohne neue finanzielle Belastung durch die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen die Voraussetzungen für die Finanzierung des Umstellungswerkes geschaffen, so ist gleichzeitig die Frage eingehend zu prüfen, welche Arten von wirtschaftlicher Tätigkeit für die Umstellung der Entlassenen in Frage kommen. Der vom Heimstättenamt der deutschen Beamtenenschaft ausgearbeitete und von den ihm angeschlossenen Beamtenorganisationen unterstützte Entwurf eines Beamtenlandabfindungsgesetzes will den mit Ruhegehalt oder Barabfindung ausgeschiedenen Beamten die Möglichkeit der Kleinbäuerlichen Siedlung verschaffen. Dies ist bestimmt ein Weg, auf dem einer gewissen Zahl von Beamten neue Existenzmöglichkeiten erschlossen werden können. Jedoch wäre es verfehlt, Beamte, die für solche Arbeit notwendigen Voraussetzungen nicht mitbringen, auf einen Weg zu führen, auf dem sie nach kurzer Zeit scheitern müßten. Außerdem ist es notwendig, auch für die vielen, lediglich mit Abfindungsummen Auscheidenden zu sorgen. Hierzu bieten sich im wesentlichen zwei Möglichkeiten, und zwar einmal wiederum die der Siedlung, jedoch nicht der landwirtschaftlichen, sondern der gärtnerischen Siedlung. Die Erfahrungen z. B. der von der Worpweder Siedlerschule ausgehenden Siedlungen dieser Art beweisen hinreichend, daß unter der Voraussetzung der erforderlichen sorgfältigen Vorbereitung und Organisation auf diesem Wege sehr wohl Positives geschaffen werden kann. Er bietet vor allen Dingen die Möglichkeit, durch weitgehende Einrichtung gemeinschaftlichen Betriebes die vorhandenen Kapitalien so nutzbringend wie nur irgend denkbar zu verwerten. Ferner ist dabei die Frage des Baues von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden insofern am besten gelöst, als das Unternehmen nicht von Anfang an mit Baukosten belastet zu werden braucht, sondern als sich das Bauen erst nach und nach aus der Produktion selbst heraus entwickeln und infolgedessen auf sichere finanzielle Grundlage gestellt werden kann.

Eine zweite Möglichkeit bietet die Einrichtung von handwerksmäßigen technischen Betrieben ebenfalls auf genossenschaftlicher Grundlage. Mit dem nötigen Anlagekapital bietet sich vor allen Dingen für ehemalige technische Beamte und für Beamte mit handwerksmäßiger Vorbildung ein Weg, sich eine neue Existenz zu verschaffen. Ob darüber hinaus noch andere Möglichkeiten der produktiven Umstellung sich finden lassen, muß selbstverständlich dauernd geprüft werden.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels alle die Einzelfragen, die mit dem Problem zusammenhängen und die sorgfältiger Erwägung bedürfen, auch nur zu streifen. Erwähnt sei nur noch die mit der Inangriffnahme eines solchen Werkes verbundene Notwendigkeit der Schulung und sonstigen Vorbereitung der in Frage kommenden Beamten für ihre neue Tätigkeit. Es kann auch nicht verkannt werden, daß selbst mit Verwirklichung solcher Pläne nur einem Teil der Abgebauten Hilfe geleistet werden kann. Es wird immer noch eine namhafte Zahl übrig bleiben, die trotz aller Ungunst der Verhältnisse auf den allgemeinen Arbeitsmarkt angewiesen ist. Auch zur Wahrnehmung aller irgendwie vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten auf diesem Gebiete muß jedes zur Verfügung stehende Mittel ergriffen werden. Die Schaffung besonderer Arbeitsnachweise hierfür jedoch muß als verfehlt angesehen werden. Es kommt vielmehr nur die Inanspruchnahme der bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise als erfolgversprechend in Frage, wobei allerdings ein gewisser Ausbau dieser Einrichtungen notwendig sein dürfte.

Alles in allem ist hier ein Problem aufgeworfen, das, so bescheiden die Möglichkeiten seiner Lösung sein mögen, nicht nur im Interesse der Abgebauten schnellste und tatkräftigste

Inangriffnahme verlangt, sondern dessen sachgemäße Lösung auch von eminenter volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Für die Beamtenchaft und insbesondere für Beamtenorganisationen erwächst eine Aufgabe, die zwar ziemlich viel Geschick und Tatkraft erfordert, die aber nur durch die eigene Initiative dieser beiden Faktoren gelöst werden kann. Der Staat kann nur die notwendigen gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen schaffen, sowie sonst die Mittel seines Verwaltungsorganismus in den Dienst der Sache stellen. Im übrigen jedoch muß sich zeigen, ob die Beamtenchaft bei dieser Gelegenheit den Vorwurf der bürokratischen Unflexibilität widerlegt und imstande ist, aus sich heraus eine Tat der Selbsthilfe zu leisten, die der Augenblick gebieterisch von ihr verlangt.

Bürgerliche Konkurrenzmanöver.

Der „Sozialdemokrat“ der „Berliner Volkszeitung“.

Die „Berliner Volkszeitung“ fährt fort, Zuschriften von angeblich sozialdemokratischer Seite zu veröffentlichen, in denen die Sozialdemokratische Partei heruntergerissen wird. Der Verfasser bleibt andauernd anonym. Neuerdings verfährt er nach der beliebten Methode, die englische Arbeiterpartei in den Himmel zu heben, um dafür die deutsche Sozialdemokratie zu desto tieferer Hölle zu verdammen. Nachdem er die beiden Parteien gegenübergestellt und gegeneinander ausgespielt hat, schreibt er:

Es gibt zwei Methoden, Politik zu treiben: Nach der einen wird eine Sache als richtig erkannt und danach gearbeitet, nach der anderen wird in Parteikonventionen debattiert, Parteiarithmetik getrieben, Persönlichkeitenklängelei geübt und dergleichen mehr. Die erste Methode charakterisiert das Wort Handeln, die zweite das Wort Wurschelei.

Das erste soll die Methode der Arbeiterpartei, das zweite die der deutschen Sozialdemokratie sein. Darum ist die erste hui und die zweite pui.

Wäre der Verfasser ein wirklicher Sozialdemokrat, der mit dem Herzen bei der Sache ist, so würde ihm nicht entgangen sein, daß sich die englische Arbeiterpartei bisher in einer ganz anderen Lage befand als die deutsche Sozialdemokratie. Die Konservativen hatten die Mehrheit im Parlament, und die Arbeiterpartei war von den beiden Oppositionsparteien die radikalere. Erst jetzt, wo die Arbeiterpartei im Begriff ist, mit stillschweigender Unterstützung der Liberalen die Regierung zu übernehmen, beginnen für sie die Schwierigkeiten, vor die sich die deutsche Sozialdemokratie seit fünf Jahren gestellt sieht. Wir wünschen ihr herzlich, daß sie dabei nicht mit demselben Unverständnis und Uebelwillen zu kämpfen haben möge, wie er in der „sozialdemokratischen“ Zuschrift an die bürgerliche „Volkszeitung“ zum Ausdruck kommt.

Für den Feitzug der bürgerlichen „Volkszeitung“ gegen die Sozialdemokratie gibt es nur zwei Erklärungen. Entweder sie lügt, wenn sie ihren anonymen Mitarbeiter als Sozialdemokraten bezeichnet, oder sie hat wirklich einen sogenannten Parteigenossen gefunden, der ihr bei ihren schamhaften Konkurrenzmanövern behilflich ist. Weder der eine Fall noch der andere ist für sie sehr ehrenvoll.

Der Spaltgeist der USP.

Lebedour und die anderen.

Die Zertrümmerung der Atome, das große Problem der Physik, ist nun, wie schon bekannt, wenigstens auf politischem Gebiet gelungen. Der um Lebedour gefammelte Rest der USP. hat sich abermals gespalten. Auch in Düsseldorf ist der Krach fertig, und der „Bedruf“ kann triumphierend folgende tragikomische Resolution veröffentlichen:

Die am 9. Januar 1924 togende gutbesuchte Generalsammlung der USP., Ortsgruppe Düsseldorf, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Schritt Lebedours und Genossen, eine neue proletarische Partei zu gründen. Die Versammlung sieht auf dem Standpunkt, daß dieser Schritt neue Zerspaltung für die politische Arbeiterbewegung bedeutet und der sich langsam anbahnenden

den Bewegung zur Einigung neue Schwierigkeiten bereitet. Mit diesem Schritt hat sich Genosse Lebedour und sein Anhang außerhalb der Partei gestellt. Die Versammlung weist diese Zerspaltungsoverlegung im Interesse des Gesamtproletariats ab und stellt sich rückhaltlos hinter die Aufforderung des Zentralvorstandes, die Einheit der Partei hochzuhalten.

Nun ist eine Proklamation Lebedours fällig, worin er natürlich erklären wird, daß er es ist, der „eigentlich“ die Einigung will und daß die anderen die Zerspalterer sind. Der Ablauf solcher Vorgänge ist ja gewissermaßen automatisch, und man kann hier, im Mikrokosmos den Geist studieren, der die Arbeiterbewegung zu zerstören droht. Unter lautem Einigkeitsgeschrei wird alles durcheinander gebracht, alles in Scherben geschlagen, und die Scherben werden dann nochmals gemahlen, bis alles in Staub aufgelöst ist. Der „Bedruf“ schließt seinen Siegesbericht mit dem Ausruf: „Genossen, gebt auf eure Führer acht!“ Jawohl, gebt auf sie acht, aber gebt doppelt und dreifach auf die Narren acht, die durchaus Führer spielen wollen und deren Kunst nur darin besteht, alles kaputt zu machen!

Reichsregierung und Bayern-Denkchrift.

Der Reichskanzler Dr. Marx hat an den bayerischen Gesandten von Preger am 15. Januar ein Schreiben gerichtet, in dem es nach WTB. heißt:

Die mir am 5. Januar d. J. überreichte Denkchrift der bayerischen Regierung habe ich inzwischen mit Aufmerksamkeit gelesen und sie, sobald ich in den Besitz einer ausreichenden Zahl von Abdrücken gelangt war, allen beteiligten Reichsstellen zugeleitet. Die bayerische Regierung wies es verständlich finden, daß die Reichsregierung angesichts der weitreichenden Bedeutung der in der Denkchrift erörterten Probleme eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen kann.

Schon jetzt aber möchte ich meiner lebhaftesten Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der in sachlich gehaltener Form dargelegte Standpunkt, den die bayerische Regierung der Reichsregierung gegenüber einnimmt, von dem Gedanken getragen ist, daß das Reich im ganzen wie in seinen Teilen stark und fest zusammengefügt zu erhalten. Ich verkenne nicht, daß die Denkchrift sowohl in ihren geschichtlichen Darlegungen, wie in den Vorschlägen für die Zukunft Gegenstand lebhafter, vielfach heftiger Meinungskämpfe sein wird, die jedoch, wie ich bestimmt hoffe, sich in den Grenzen halten werden, die ihnen die Tatsache zieht, daß deutsche Gedanken und Gefühle der bayerischen Regierung gegenüber geführt haben. Die Reichsregierung ist gern bereit, zunächst mit der bayerischen Regierung unter Zugrundelegung der überreichten Denkchrift in einem Meinungsaustausch einzutreten, wobei sie mit der bayerischen Regierung darüber einig ist, daß die einzelnen in der Denkchrift erörterten Fragen einer eingehenden sachlichen und vorurteilslosen Prüfung bedürfen.

Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen wird sich die Frage beantworten lassen, inwieweit seitens der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die Initiative zu gegenseitigen Maßnahmen zu ergreifen sein wird.

Ist auch diese Antwort im ganzen nichtsagend, so fällt doch der höflichkeitsbewußte und entgegenkommende Ton auf, in dem sie gehalten ist, und die Behutsamkeit, mit der vermieden wird, die das Reich aufs schwerste schädigenden Vorgänge in Bayern zu berühren. Hätte man die Regierungen von Sachsen und Thüringen in der gleichen Weise behandelt, so wären dadurch schwere Erschütterungen erwartet gewesen. Im übrigen mag die Reichsregierung prüfen und studieren, wie weit jetzt schon, daß jeder Schritt von der Reichseinheit hinweg auf den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen wird.

Rücktritt der finnischen Regierung.

Heisingfors, 16. Januar. (WTB.) Infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Präsidenten der Republik in der Frage der Auflösung des Reichstags, der sich die Regierung w/dreht, hat die Regierung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der frühere Ministerpräsident Cederander wird mit der Bildung eines interimistischen Kabinetts beauftragt werden.

Der Stuhl.

Von Henni Lehmann.

Er stammte sicher aus einem vornehmen Hause. Man sah es ihm an. Der Teppichstreifen, der sich von den langen Holzern seiner Rückenlehne über die kurzen des Fußendes hinabzog, zeigte echte orientalische Knüpfarbeit in schöner Musterung. Als ich ihn kennen lernte, war er aber bereits etwas herabgekommen. Die Holzrücken lehnte schief, und der orientalische Teppichbehang hatte mottigere, gestreifte Löcher und am Rande Risse. Wäre er nicht herabgekommen gewesen, so hätte er wohl auch nicht auf dem winzigen Balkon der Mansardenwohnung mir gegenüber ein Heim gefunden.

Es war ein schöner, warmer Frühlingstag, an dem ich ihn zum ersten Male sah. Er stand recht behäbig lang ausgestreckt da, so, als wolle er sagen: „Bitte, setze dich auf mich in die Sonne!“ — Und das tat auch ein alter Mann, der aus der schmalen Tür auf den kleinen Balkon trat. Der alte Mann hatte ein mageres, gelbes, verwilbertes Gesicht und molle Augen unter dicken weißen Brauen. Aber es war etwas in diesem müden Gesicht, aus dem man sah, daß es dem alten Mann wie dem alten Stuhl ging — er hatte auch einst bessere Tage gesehen.

Jeden Tag, wenn ich an das offene Fenster meines Zimmers trat, sah ich den alten Mann, wenn es nicht gerade regnete oder stürmte, auf dem alten Stuhl sitzen. Mir wollte es scheinen, wie der Sommer hinging, als sähe der Alte an jedem Tage etwas sahler und weiser aus und auch der alte Stuhl schien mir immer verbogener und trummer.

Manchmal trat auch ein kleiner Knabe aus der Tür und stellte sich neben den alten Mann. Er sagte „Großvater“ zu ihm, und der Alte plitz dem Kleinen mit der mageren Hand über das blonde Haar. Manchmal stand auch eine ärmlich gekleidete verarbeitete Frau bei den beiden.

Im Herbst aber blieb eines Tages der Stuhl leer. Und am nächsten Tage stand, als die Sonne sich schon senkte, die Frau allein mit dem Knaben auf dem Balkon.

„Mutter,“ sagte der Kleine, „wann Großvater so krank ist, dann wollen wir doch einen Doktor holen, der ihn wieder gesund macht.“

In das Gesicht der Frau kam ein herber Zug.

„Das kostet zu viel Geld jetzt,“ sagte sie. „Es lohnt nicht, die alten Knochen noch einmal zusammenzuflicken.“

Dann gingen sie hinein.

Ich habe den alten Mann nicht mehr gesehen.

Der alte Stuhl blieb leer.

Und der Winter kam. Es fiel viel Schnee Berge von Schnee. Überall stürmte er sich auf. Die Dächer waren ganz davon bedeckt. Auch auf dem kleinen Balkon lag der Schnee ganz hoch, und an einer Stelle lag er höher als an den anderen. Es war ein richtiger kleiner Schneebirg, der sich da gebildet hatte. Es war sehr kalt.

Pflichtig, an einem Januartage, schien die Sonne wärmer, und der Schnee begann zu schmelzen. Und am folgenden Tage schmolz er mehr und mehr. Auf dem kleinen Balkon, da, wo der Schneebirg gewesen war, ragten zwei Hölzer in schiefem Winkel zueinander. Das eine hing halb gebrochen herab. Aber heute ist der Schnee ganz vergangen, und ich sehe es, daß die Hölzer dem alten Stuhl gehörten. Doch die Schneelast hat ihn erdrückt. Er liegt halb zusammengebrochen auf dem Boden des kleinen Balkons. Der orientalische Teppichstreifen schließt in dem Wasser, das sich aus dem zerfallenden Schnee gebildet hat.

Vor einem kleinen Weichen trat die Frau mit dem Knaben auf den Balkon. Ich öffnete mein Fenster. So konnte ich hören, wie der kleine Knabe sagte:

„Sieh einmal, Mutter, der alte Stuhl ist zerbrochen. Soll ich ihn zum Tischler bringen, daß er ihn wieder leiimt?“

„Das kostet zu viel Geld jetzt,“ sagte die Mutter, „und es lohnt nicht, das alte Gerümpel noch einmal zusammenzuflicken. Seit Großvater tot ist, brauchen wir ihn ja auch nicht mehr. Trag ihn nur auf den Kehrichthaufen.“

Und der Knabe trug den Stuhl auf den Kehrichthaufen.

Ja, der alte Mann und der alte Stuhl — es tat mir doch ein bißchen leid um die beiden. — Vielleicht, wenn man sie noch einmal zusammengeflickt hätte, hätten sie doch noch ein Weichen gehalten und wenn es auch nur auf eine kurze Zeit gewesen wäre.

Aber vielleicht lohnte es wirklich nicht — sowas kostet zuviel Geld jetzt.

Riesenverluste durch zerbrochenes Geschirr.

Der Gast, der in einem Restaurant durch Unachtsamkeit einen Teller oder ein Glas zerbricht, ist wohl noch ungehalten darüber, wenn er eine solche „Kleinigkeit“ bezahlen muß; er ahnt aber nicht, welche Riesenverluste den Hotels und Gasthäusern durch zerbrochenes Geschirr erwachsen. Die Geschäftsführer einiger großen Londoner Speisehäuser haben sich über die gewaltigen Werte geäußert, die auf diese Weise vernichtet werden.

„Bei uns werden jede Woche mindestens 25 000 Teller und Tassen zerbrochen,“ sagte einer von diesen. „Der einzige Schutz gegen diese Verluste besteht in einer angemessenen Versicherung. Dabei ist die Zahl von 25 000 Stück die Woche noch verhältnismäßig gering. Bei anderen Unternehmungen geht diese Ziffer jährlich weit über eine Million hinaus.“ Ein anderer Geschäftsführer bezifferte den Verlust, den sein Hotel jährlich durch zerbrochenes Geschirr erleidet, auf die gewaltige Summe von 3000 Pfund Sterling. Besonders viel wird in den Gastwirtschaften der Ballastionen und in den Frühstückslokale zerbrochen, in denen die Vorübergehenden rasch einen kleinen Imbiß einnehmen. Hier muß alles besonders schnell gehen, und da Geschwindigkeit keine Hexerei ist, so ist sie auch mit einem besonders großen Prozentsatz von Unfällen verbunden, denen besonders die Gläser, Teller und Schüsseln zum Opfer fallen. Der Leiter eines großen Londoner Bahnhofrestaurantes berechnet allein den Verlust

an Gläsern auf 800 Pfund Sterling im Jahr. Die Verluste durch zerbrochenes Porzellan werden von einem vielbesuchten Lunchrestaurant mit 1400 Pfund Sterling angegeben. Diese Summen müssen natürlich auf die Preise herausgeschlagen werden.

Aber nicht nur die zerbrochenen Gegenstände bilden einen bedeutenden Posten im Ausgabekonto der Hotels, sondern nicht minder beträchtlich sind die Verluste, die dadurch entstehen, daß Gäste etwas mitgeben bleiben. In einem großen Londoner Hotel werden durchschnittlich Dinge für 3000 Pfund Sterling jährlich auf diese Weise mitgenommen, ohne daß man von einem Diebstahl sprechen könnte. Es handelt sich dabei nicht nur um Messer und Gabeln, um Servietten usw., sondern sogar um Seife und Zahnpulver.

In sechs Tagen durch die Sahara. Die Wüste Sahara ist jetzt tatsächlich soweit dem Verkehr erschlossen, daß man sie, die früher ein nur sehr schwer zu überwindendes Verkehrshindernis war, in 5 bis 6 Tagen in gerader Richtung mit einem gewöhnlichen Kraftwagen durchfahren kann. Zu diesem Ergebnis ist die Compagnie Générale Franco-Saharienne auf Grund ihrer neuesten Erfahrungen gelangt, bei denen eine kürzere Route durch die Wüste festgelegt wurde. Die von der Gesellschaft ausgeschickte Mission hatte vier Tankkraftwagen, die besonders für die Wüstenfahrt gebaut waren, und führte ein Flugzeug mit sich. Man reiste von der Endstation der Oranbahn Colomb-Bechar über Adrar und Wollen nach Fes und von dort nach Buren am River, etwa 250 Kilometer östlich von Timbuktu. Die Rückkehr nach Colomb-Bechar vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Der Weg ließ so gut sein, daß man ihn auch mit gewöhnlichen Kraftwagen zurücklegen kann, da der Boden ziemlich eben und fest ist. Die Reise von Agder bis zum River kann in 5 bis 6 Tagereisen zurückgelegt werden, und man will auch regelmäßigen Autocommibusdienst einrichten, mit dem Reisende, die die Saharawüste besuchen wollen, von Bistra nach Adrar und von dort nach Colomb-Bechar zurück fahren.

Vorbereitungsmassnahmen gegen den Kropf. Zu Rochester im Staat New York hat der Stadtrat angeordnet, daß die Wasserläufe der Stadt mit großen Quantitäten Jod gesättigt werden, damit die Bevölkerung gegen den Kropf geschützt wird, der dort epidemisch auftritt. Der Beschluß des Stadtrats stützt sich auf die Gutachten der Ärzte, nach denen der Kropf bei einer Verdünnung der Luft entsteht, die auf das Trinken von Wasser angewiesen ist, dem der nötige Jodgehalt fehlt, ein Stoff, den die Schilddrüse nicht entbehren kann.

Die Veranstaltung von U. Stamms Jagdwort, der sozialen Komödie „Kabinende“ unter der Epitelenennung von Carl Gott und unter Mitwirkung von Gertrude Seiler, Paul Kohl und Hans Kubert wird am nächsten Sonntag, den 27. Januar im Theater am Ballplatz stattfinden.

Die erste Operette im Kino usw. Am Freitag, den 18. d. M. wird im Ballsa-Theater die neue Operette von Lehár, „Frasquita“, zur Aufführung kommen. Die „Mad o' Stunde“ wird den hohen Anhalt der Operette ausmachen und dann dem Publikum angereicherter Teilnehmern zu Gedächtnis dienen. Es ist das erstmal, daß eine Operettenaufführung durch den Rundfunk zur Verbreitung gelangt.

Private Außenpolitik.

Eine völksparteiliche Anfrage.

Unsere Stellung zu der privaten Diplomatie des Herrn Arnold Rechsberg ist bekannt. Wir beurteilen freilich sein Vorgehen nicht anders als jenes zahlloser anderer deutscher Industriellen, die ebenfalls sehr ungeniert mit maßgebenden Vertretern Frankreichs Verhandlungen gepflogen haben. Jetzt haben die Abgeordneten Dr. Niefer und Genossen von der Deutschen Volkspartei folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

„Ist die Reichsregierung gewillt, zu prüfen, ob auf dem Wege der Beschäftigung oder in einer anderen wirksamen Weise ein in Konkurrenz mit Regierungsverhandlungen erfolgtes Verhandeln von nicht hierzu beauftragten Privatpersonen mit offiziellen Vertretern aus mächtiger Politik verhindert oder erschwert werden kann?“

Wie wäre es, wenn die Fraktion der Deutschen Volkspartei in ihrer Anfrage an Stelle der Worte „von nicht hierzu beauftragten Privatpersonen“ die Worte setzen würde „von schwerindustriellen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei“?

Eine furchtbare Geschichte.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ hat kürzlich die erbitterten Angriffe der Reichspresse gegen Regierungsrat Drisch bei der Oppolner Regierung gehörend gebremst. Zu seiner Rolle ist nur zu bemerken, daß Regierungspräsident Broske, der die Ernennung Drisch zum Regierungsrat vorklagen hat, nicht Demokrat, sondern Zentrumsmann ist. Daraus geht also zur Genüge hervor, daß Leute, die parteipolitisch in einem ganz anderen Lager stehen, auf Grund der sachlichen Leistung des Drisch zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß er die Beförderung verdient. Die Angriffe gegen die Sozialdemokratie erledigen sich dadurch wohl ganz von selbst.

Clive in der Pfalz.

Unterredung mit de Reh.

Paris, 16. Januar. (Epa.) Die Havas-Agentur meldet aus Speyer, daß der englische Generalkonsul Clive in Begleitung der Vertreter der Internationalen Rheinlandkommission, insbesondere des Rabinetschefs von Tirard seine Untersuchung in der Pfalz begonnen hat und gestern Abend eine Zusammenkunft mit dem General de Reh hatte.

Paris, 16. Januar. (Epa.) Der „Matin“ meldet aus Speyer, daß der englische Generalkonsul Clive am Dienstag morgen in Ludwigshafen die Pfalz betreten hat, nachdem er vorher telephonisch den französischen Hochkommandanten in Speyer um eine Unterredung mit General de Reh ersucht hatte. Clive setzte sich mit dem Bürgermeister von Speyer in Verbindung und ersuchte ihn, nachmittags um 3 Uhr 30 Personen zu versammeln, die ihm in Heilbronn begehrt worden waren, und die als Gegner des pfälzischen Separatismus gelten. Etwas später traf Hilhol ein, der von Tirard beauftragt mit der Begleitung des englischen Generalkonsuls beauftragt worden ist. Etwas 30 Personen, die Clive im Rathaus anhörte und die aus Bürgermeistern, Geschäftsleuten usw. bestanden, erklärten dem Generalkonsul, daß die Gründung der pfälzischen Republik durch Gewalttaten eingeleitet worden sei. Die Separatisten hätten mutwillig die Beamten ausgenutzt und die Municipalität sei durch Druckmittel gezwungen worden, sich dem pfälzischen Separatismus anzuschließen. Clive hörte diesen Bescheid an, ohne irgendeine Erwiderung. Er nahm die gleiche Haltung ein, als etwas später Vertreter der Separatisten erschienen, insbesondere die Vertreter des Bauernbundes, die ihm erklärten, daß die Pfalz sich von Bayern abtrennen wolle, weil die Wirtschaftspolitik Münchens und Berlins die Pfalz dem Ruin entgegenreibe. Clive wird sich heute und an den folgenden Tagen mit der bäuerlichen Bevölkerung in Verbindung setzen. Gestern nachmittags hatte er eine kurze Unterredung mit General de Reh.

Der Rathauskrieg.

Gestern haben die bürgerlichen Fraktionen zur Vorsteherwahl Stellung genommen und noch weiß kein Mensch, was sie nun eigentlich wollen. Der „Tag“ orakelt über die Absichten wie folgt:

„Die Deutschnationalen präsentieren nach wie vor Dr. Strinzinger für das Amt des Vorstehers. Es kann aber als ausgeschlossen gelten, daß Strinzinger gewählt wird. Seine Kandidatur ist vielmehr als ein rein faktischer Schritt aufzufassen, um die Herstellung einer Mehrheit für Caspari unmöglich zu machen. Sollte der Sozialdemokrat sich gemächelt werden, so würden die Deutschnationalen mit Fabian als stellvertretendem Vorsitzenden sich am Vorstand beteiligen. Wird jedoch Caspari wiedergewählt, dann werden die Deutschnationalen am Vorstand fernbleiben. Das hervorstechendste Merkmal der Lage ist also der Kampf zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei. Bei den Demokraten ist, wie wir ferner hören, infolge einer Spaltung eingetreten, als ein Teil für Caspari, ein anderer für Hoch eintreten will.“

Wir glauben, daß der „Tag“ richtig unterrichtet ist und nehmen noch wie vor an, daß die Wahl des Genossen Hoch gesichert ist. Ob freilich schon am Donnerstag, das ist noch die Frage. Vielleicht kommen die Trübenerbesucher doch noch auf ihre Kosten.

Aus der Partei.

Hg. Hermann Thomas gestorben.

Hamburg, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Hermann Thomas, Mitglied des preussischen Landtags, ist heute morgen 7 Uhr im Alter von 88 Jahren an einem schweren Magenleiden gestorben. Mit ihm ist wieder einer von unseren ältesten Genossen dahingegangen. Genosse Thomas, von Beruf Zigarrenarbeiter, wurde im April 1865 zu Eilenburg i. S. geboren. Anfang der achtziger Jahre kam er nach Altona, wo er sofort der Parteiorganisation beitrat und ein sehr rühriges Mitglied wurde. Im August 1888 wurde Thomas mit noch sieben weiteren Genossen des sogenannten Zentralausschusses von Schleswig-Holstein verhaftet und wegen Weheimbündelung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe im Gefängnis zu Altona wurde er aus den nächsten Verhaftungen ausgenommen. Thomas arbeitete dann kurze Zeit in Fabrik und später in seiner Heimat. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes kehrte er mit seiner Familie nach Altona zurück. Im März 1901 wurde Thomas abermals zu sechs Monaten Gefängnis wegen Weheimbündelung verurteilt. Im November 1909 gehörte Thomas zu den ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten von Altona. Im Juli 1918 wurde er als erster sozialdemokratischer Senator in Altona gewählt. Seit März 1921 gehörte er dem Preussischen Landtag an. Sein Vize-nachfolger ist Genosse Bürgermeister Stoll-Bürstenwade.

Inventur . . .

Der Ruf der Inventur läßt die Industrie nicht schlafen. Auch sie will ihre Inventur haben. Natürlich — es wäre schade, die kostbaren Erzeugnisse unter einem Preise abzugeben, der die Selbstkosten nicht um einige hundert Prozent übersteigt. Das würde nach den ganzen Jahren der Entbehrung — jawohl, Entbehrung! haben doch die Industriellen das schöne Wort „Entbehrungsfaktor“ geprägt, natürlich nur für die anderen — den radikalen Untergang bedeuten.

Und so wacht die Industrie Inventur mit einem ihr weniger kostbaren Stoff: mit ihren Arbeitskräften. Sie hält ihre Bureaus und Arbeitsräume, genau wie die anderen Geschäfte und Geschäftchen, ein bis zwei Stunden länger geöffnet als vorher. Sie legt den Preis ihrer Arbeitskräfte um 20 bis 50 Proz. herunter. Sie wirft ihre Arbeitskräfte nicht auf den Markt, aber auf die Straße. Das ist nämlich einfacher. Denn diese Arbeitskräfte erwirbt der Staat zu einem sehr niedrigen Preise, den man Arbeitslosenunterstützung nennt.

So wirkt die Industrie unbestreitbar in anerkennenswerter Weise mit, den Wohlstand des Staates und des Volkes zu heben. Denn je billiger die Arbeitskräfte, desto billiger die Ware, mit der man — umständelhafter — auf ausländischen Märkten — natürlich nur zum Wohle des eigenen Staates! — wiederum große Gewinne erzielen kann. Und je länger die Arbeitszeit, desto weniger Menschen sind gezwungen, zu arbeiten. Desto mehr Menschen können sich ihrer freien Zeit freuen, können ihre ganze Kraft in den Dienst ihres eigenen Ich stellen, ohne das harte Joch der Arbeit im Nacken spüren zu müssen, das doch andere für sie tragen.

Die teure Verlobungsfeier.

Ein Einbruch zur Deckung der Unkosten.

Eine Bande von Taschendiebstahlern, die seit längerer Zeit im alten Westen und im Nordwesten Berlins große Beute machte, wurde von der Kriminalpolizei zum Teil festgenommen.

Die Bande bestand aus zwei 23 und 20 Jahre alten Brüdern Waldemar und Robert Müller aus der Kottbuser Str. 16, und einem 28 Jahre alten Heinrich Pelzges. Dieser hatte im Jahre 1918 mit mehreren Spielfreunden rumänische Bel aus dem Julius-Turm gestohlen. Nach Verbüßung seiner Strafe wurde er im Juli vorigen Jahres wieder bei einem Einbruch in der Gohlfomaststraße überführt. Dabei verließ er einen Beamten durch einen Schuß. Dann hatte er sich mit den Brüdern Müller zusammengetan und verübte mit ihnen zahlreiche Einbrüche. Am 11. Januar feierte Waldemar Müller in der Kottbuser Straße 35 seine Verlobung bei den Eltern seiner Braut. Nachdem die Gäste in früher Morgenstunde aufgebroschen waren, beschloß der Brautigam auf den Einbruch zu gehen, um die Kosten der Feier zu decken und seiner Braut eine nette Morgengabe zu besorgen. Sein Bruder Robert und sein Freund Pelzges waren sofort bereit mitzugehen. Bei einem Einbruch in der Altonaer Straße 12 wurden sie gestört und mußten den größten Teil der Beute zurücklassen. Mit dem, was sie mitnehmen konnten, gingen sie noch dem Sigmundhof 10, und stahlen Silberzeug, Teppiche, Wäsche und anderes mehr. Die Beute brochen sie mit einem Auto nach der Müllerschen Wohnung in der Kottbuser Straße 16 und von hier, bis auf die Wäsche, zu einem noch nicht ermittelten Hehler. Die Wäsche war für Waldemars Braut bestimmt. Diese war auch gerade zugegen, um sie zu beschlagnahmen, als plötzlich Kriminalbeamte zu einer Hausdurchsuchung erschienen. Als die Braut sich in Widersprüche verwickelte und dadurch ihren Verdacht belastete, hob dieser während die Verlobung auf. Die Beamten fanden die gestohlene Wäsche und nahm das Pärchen fest. Robert Müller und Pelzges entließen ihrer Bestrafung. Sie sind auch bis jetzt noch nicht ermittelt. Angaben über ihren Aufenthalt, den Verbleib der Beute und zur Ermittlung des Hehlers nimmt Kriminalkommissar Treutin im Zimmer 108 des Polizeipräsidiums entgegen.

Fortführung der Zivilprozesse.

Der Berliner Anwaltsverein ersucht uns um Ausnahme folgender Mittelklasse: Am Publikum ist, wie uns zu Ohren gekommen, vielfach die Meinung verbreitet, daß sich die Aussetzung der Verfahren in Brinnitzsachen bis zum 31. März 1924 auch auf Zivilprozesse bezieht. Dies ist unrichtig. Wie vor die Zivilgerichte gehörigen Sachen werden unerschändert weiter verhandelt. Für diese sind durch eine Notverordnung lediglich einige Verfahrensmaßnahmen abändernd worden mit dem Ziele, das Zivilverfahren nach Möglichkeit zu beschleunigen.“

Das dänische Hilfswerk.

Das unter Leitung des Reichsobersteuerrates Gen. J. P. Rielsen stehende „Dänische Hilfswerk“ legt nach wie vor alle Kräfte daran, die deutsche Not, insbesondere die der deutschen Kinder, zu lindern. Am Laufe des Monats Dezember sind weitere 1300 deutsche Kinder zu längerem Erholungsurlaub nach Dänemark gebracht worden. Für den Monat Januar sind dem Deutschen Roten Kreuz bereits wieder 700 neue Pärche für erholungsbedürftige deutsche Kinder zur Verfügung gestellt worden. Jeder Tag aber bringt neue Meldungen von Freisinken, so daß die Zahl 700 für den Monat Januar sicher noch weit übertraffen wird. In der ersten Januarwoche trafen aus Dänemark zwei Dampfer mit insgesamt 3000 Liebesgabenpaketen für deutsche Kinder ein, deren Inhalt aus gesammelten Kleidungsstücken und Lebensmitteln bestand. In der zweiten Januarwoche wurden in Berlin 7 dänische Kakaokluben eröffnet, in denen täglich insgesamt 2000 Kinder versorgt werden.

Argentinische Lebensmittelhilfe für Deutschland.

Am Dezember vorigen Jahres hat sich in Buenos Aires aus führenden Persönlichkeiten der dortigen deutschen Kolonie ein Komitee gebildet, das eine neue argentinische Lebensmittel-Hilfsaktion für Deutschland in die Wege leitete. In erster Linie kommen hierfür Landesprodukte, wie Fett, Fleisch und Milch, in Frage, und es ist in Aussicht genommen, vornehmlich Heime, Anwesen, Kinder- und Erholungsheimen, Einrichtungen und ähnliche Institute zu bedenken, während Einzelunterstützungen nicht in Frage kommen. Auf beiderseitigen Wunsch des Komitees in Buenos Aires ist in Hamburg ein Verteilungsausschuss gebildet worden, der in enger Abstimmung mit den amtlichen Stellen in Berlin arbeitet, da die Berechnungen betreffs Zoll- und Frachtkosten usw. in vollständigem Maße für die argentinische Hilfsaktion nutzbar gemacht werden sollen; dagegen ist von beiden Seiten besonderer Wert darauf gelegt worden, daß die Verteilung keinesfalls durch Behörden erfolgen solle, da man solche und ungewisse, vor jedem bürokratischen Geiste dreifache Vermittlung der Götter mündig. Es handelt sich bei diesem Unternehmen um eine rein karitative, von keinem amtlichen Interesse freie Einrichtung, die dazu dient, der Not im alten deutschen Vaterland zu steuern. Auch die Verteilung in Deutschland ist dem Komitee in Buenos Aires übertragen. Für die erste Sendung Liebesgaben, die aus 500 Kisten Correh Beef, 500 Kisten Speck, 400 Kisten Milch und 60 Kisten Reis bestand, ist bereits der Verteilungsausschuss fertiggestellt, und die Waren sollen unmittelbar ihren Bestimmungsorten entgegen. Es wurden etwa 50 deutsche Städte bedacht. Bei den nächsten Verteilungen werden selbstverständlich andere Distrikte berücksichtigt werden. Berufstätigkeit werden nur bestehende Einrichtungen und Anstalten, und zwar ohne Rücksicht auf deren konfessionelle oder politische Einstellung.

Kein Geld?

Morgen wird im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung darüber fallen, aus welchen Quellen die leeren Kassen der Stadt Berlin aufgefüllt werden sollen, um die Restgehälter und -löhne für den Monat Januar ausbezahlen zu können. Und schon jetzt in voller Stärke der Sturm der Steuerhosen und Steuerdrückberger ein, um möglichst auch diese Last noch ausschließlich den Schultern der arbeitenden Bevölkerung aufzubürden. Nach einer Meldung der U. ist die Bearbeitung der Deutschen Volkspartei, die Erhöhung der Besitzsteuern abzulehnen. In vollem Gange. Aus Beamtenkreisen verlautet man, für die unsozialste aller Steuern, die Grundsteuer, Stimmung zu machen, obgleich dadurch doch der Beamte ebenso ungerecht und ebenso schwer getroffen würde wie der Arbeiter. Man möchte über so viel Kurzsichtigkeit jammern, wenn man nicht wüßte, daß es in Wahrheit sich um demagogische Heuchelei schamloser Art handelt. Es sei noch einmal in aller Schärfe gegenüber den Abenteurerbanden der bürgerlichen Parteien betont: Die Sozialdemokratie ist bereit, jetzt wie bisher immer, der Stadt alle für die Erhaltung ihrer Wirtschaft erforderlichen Mittel zu bewilligen und zu beschaffen. Sie verlangt, daß diese Mittel dort genommen werden, wo sie vorhanden sind, das heißt aus dem Sparpotenzial, die nicht einseitig gerade die notleidenden Schichten der Beamten, Arbeiter und Angestellten bis zur Unerschwinglichkeit belasten. Sie hat diese Steuern benannt, in erster Linie die Lohnsumme an Steuer, die ausschließlich die großen Wirtschaftsbetriebe in einer Zeit beginnender Konjunkturbesserung heranzieht, und sie wird dafür eintreten, daß aus dieser Steuer in Verbindung mit einer Rotabgabe aus der Vermögens- und der Grundsteuer alle Mittel für die Bewältigung der laufenden Verpflichtungen der Stadt zu erfüllen. Für die bürgerlichen Parteien heißt es jetzt: Farbe bekennen! Wollen sie mit der Sozialdemokratie den Weg einer Steuerpolitik der Gerechtigkeit und Vernunft gehen, so wird der Stadt und ihren Beamten und Arbeitern geholfen werden. Wollen sie auch jetzt in der Stunde schwierigster Finanznot noch eine Abwälzung der gemeinsamen Lasten auf die stärksten Schultern verhindern, so werden sie die Sozialdemokratie zum entschlossensten Widerstand gerufen finden. Es gibt kein Handeln und Feilschen mehr — es muß durchgehauen werden! Und wenn es der engeren Politik bürgerlicher Interessensvertreter anheim fällt, der Stadt ihren Willen aufzuzwingen, so werden Beamte und Arbeiter, denen dadurch ihr wahrlich hinreichend kümmerliches Arbeitslohn, ihr Lohn und Gehalt, weiterhin vorenthalten würde, bei den kommenden Wahlen Gelegenheit haben, sich für die Beamten- und Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien mit dem Stimmzettel in der Hand zu bedanken.

Kindliches Vergnügen.

In der „Deutschen Obst- und Gemüsebau-Zeitung“, dem Organ des Reichsbundes für Obst- und Gemüsebau, wird gemeldet, zum Zweihundertjahr-Jubiläum der Preussischen Baumschule in Berlin-Baumgartenweg habe Kaiser Wilhelm II. in Erinnerung an die vielen Beziehungen, welche die preussischen Könige im Laufe der Jahrhunderte zu dem Unternehmen gehabt haben, dem jetzigen Inhaber neben einem herzlichen Glückwunschschreiben und seiner Photographie auch eine Ehrentafel (Sorbus aucuparia) aus dem Schlosspark von Doorn zum Geschenk gemacht, und dieser Baum sei am 12. November 1923 durch den Prinzen Eitel Friedrich in Begleitung von Bräutigam im Park der Baumschule gepflanzt worden. Das Blatt schildert auch die Feierlichkeit, die aus Anlaß der Pflanzung stattfand, und erzählt: „Nach der Begrüßungsansprache des Herrn Dr. Helmut Götth, die Prinz Eitel Friedrich in kurzer Ansprache erwiderte, ließ sich der Prinz die Direktoren und eine Abordnung der Beamenschaft vorstellen und unternahm dann eine Besichtigung des Parkes sowie eine Rundfahrt durch die ausgedehnten Kulturflächen der Baumschule.“ Man kann die Wichtigkeit, die hier einer Bräutigamsangelegenheit des nach Holland ausgetretenen Erzherrn Wilhelm II. und des Inhabers der Firma Späth beigemessen wird, femlich finden und bei dem Bericht sich des Wortes erinnern, daß vom Erbprinzen nur ein Schritt bis zum Kaiserlichen ist. In den Eiderseevereinen aber und unter den Kleingärtnern, denen die Brandenburgische Landwirtschaftslehre die „Deutsche Obst- und Gemüsebau-Zeitung“ empfiehlt, dürfte nicht viele sein, die an solchen Guldigungen vor Wilhelm II. sich zu erbauen wünschen.

Wer ist das Kind? Am 12. Dezember vorigen Jahres wurde ein unbekanntes, etwa 5 Jahre altes Mädchen, das planlos am Engelufer umherirrte, hiesig aufgefunden. Die Revierpolizei führte es zum Waisenhaus in der W. Jakobstraße. Die Kleine, die sich Helene Lipinski nennt, ist alleinstehend von ihren Eltern auf der Durchreise in Berlin angekommen worden. Der Vater soll Schmittler sein, die Mutter mit Vornamen Viktoria heißen. Mitleidenden zur Aufklärung an die Vermittlungsstelle, Kriminalkommissar Gohmig, im Polizeipräsidium.

Ein Gebortstag für Hoffmann v. Fallersleben. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat nachstehenden Erlass an die Provinzialhochschulen und Requiranten gerichtet: Am 19. Januar sind 50 Jahre seit dem Tode des Dichters Hoffmann v. Fallersleben verstrichen. Ich ordne hiermit an, daß an diesem Tage in allen Schulen in geeigneter Weise dieses Dichters gedacht wird.

Der Verein zur Förderung des Gewerkschaftsweises beschloß seinen 103. Sitzungstag durch eine Ankündigung am 21. Januar, abends 7 Uhr, im Vorraum der U. G., Friedrichsallee 24. Den Referenten über Radio-telephonie für Jedermann“ mit praktischen Vorlesungen hält der Direktor der Reichsstadt für drahtlose Telegraphie Graf Treco. Nichtmitglieder können Einladungen unentgeltlich bei der Vereinsgeschäftsstelle, U. G., Museumsstr. 1/3, erhalten.

Das neue Erdbeben in Japan.

Gestern trafen in Europa Meldungen über ein neues Erdbeben in Japan ein. Nach den erdäuzenden Telegrammen scheint es den Umfang des letzten großen Bebens im vergangenen Jahre nicht erreicht zu haben, wenn auch die Schäden wiederum beträchtlich sind. Nach einer Nachricht aus London hat das Erdbeben die Städte Tokio, Yokohama, Kioto, Osaka und Nagoya heimgesucht. Den letzten Nachrichten zufolge sind 50 Personen dabei ums Leben gekommen. Die Zahl der Verletzten wird auf 200 geschätzt. In den Vorstädten Tokios sind Feuerbrünste ausgebrochen. Es wurden 600 Häuser in Tokioma zerstört. Das Erdbeben folgte um 5:45 Uhr nach japanischer Zeit ein und dauerte 12 Minuten ohne Unterbrechung. Die Stöße waren in einzelnen Teilen des Landes besonders heftig. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Golemba und Tokio entgleisten 6 Züge. Die Strecke wurde zerstört. Bei Bannugawa stürzte ein Zug in den Fluß. Man glaubt, daß die europäischen Kolonien der heimischen Städte nicht unter dem Erdbeben gelitten haben. Dem Observatorium in Tokio zufolge befindet sich der Herd des Erdbebens in dem Berg Tanjama in der Provinz Sagami. Auch aus Tokio treffen Meldungen ein, daß im Norden der Stadt Feuerbrünste ausgebrochen sind. Die Telegraphen- und Eisenbahnverbindungen in Tokio sind unterbrochen. Die Schäden sind jedoch weit weniger bedeutend als bei der letzten großen Erdbebenkatastrophe. In einem Vorort von Tokio ist ein Brand ausgebrochen.

Das Wrad des englischen U-Bootes „L. 24“. Ein Kommunique des englischen Admirals teilt mit, daß das Wrad des französischen U-Bootes „L. 24“ entsetzt ist. Da die Boote des Wrades alle Bemühungen nutzlos macht, hat man jeden Rettungsversuch aufgegeben.

Die freigelassene Gismischerin.

Prozessöffnung in der Gismordaffäre Genschow.

In der Gismordaffäre der Rose Genschow, über die wir schon berichtet hatten, ist das Ermittlungsverfahren abgeschlossen, und es wird gegen sie Anklage wegen des Gismordes an dem Kaufmann Hempel sowie wegen verübten Gismordes in zwei Fällen an den Kaufleuten Sch. und R. Anklage erhoben werden. Der Prozeß wird vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelt werden.

Die Genschow gehört zu den Kreisen der Beobodeten und verstand es, Herren, die sie kennen gelernt hatte, in Bilderräumen und Dialekt mitzuschleppen. Sie suchte sich dabei nach Möglichkeit Dolose aus, die in der Nähe der Wohnung der Herren lagen. Indem sie ihren Opfern Opium in die Getränke tat, brachte sie dieselben in einen Bewußtloszustand und nahm ihnen die Schlüssel aus der Tasche. Darauf begab sie sich in die betreffende Wohnung ihres Opfers und stahl dort, was sie an Wert vorfand. Dem Kaufmann Hempel hatte sie eine zu starke Dosis Opium verabreicht, dem Hempel erwachte nicht wieder. Er wurde nach dem Krankenhaus geschafft und ist dort am 6. Februar v. J. unter Bergiftungserscheinungen gestorben. Durch diesen Todesfall kam das Kreiben der Genschow aus Tageslicht. Die G. unterhielt ein festes Verhältnis mit dem Kaufmann Kianowski, der unter dem Verdacht der Teilnahme an den Straftaten verhaftet wurde. Auf Grund der Voruntersuchung ist Kianowski jedoch entlassend einem Antrage von R.-M. Dr. Andersen außer Verfolgung gesetzt und aus der Haft entlassen worden. Rose Genschow war, da R.-M. Dr. Frey wegen ihrer Wortschwärze Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit erhob, einer Irrenanstalt zur Beobachtung überlassen worden. Von hier ist nun aber, obwohl sie unter der Anklage wegen eines Kapitalverbrechens steht, der Haftbefehl gegen sie ohne Kaution aufgehoben worden, so daß sie dem gegen sie bevorstehenden Prozeß auf freiem Fuß entgegensehen kann.

Der auferstandene „Kroll“.

Ein Stück Vergangenheit, an das sich für viele Berliner Erinnerungen aller Art knüpfen, soll in Kürze wiedererzählt werden: der Kroll-Garten, der mit dem Umbau des Opernhauses am Königsplatz ebenfalls eine völlige Veränderung erfahren hat. Dreigestufige Terrassen nehmen zwei Seiten des Gartens ein und lassen den Blick frei auf eine Freilichtbühne, auf der nach der Absicht des staatlichen Bauherrn Volksunterhaltungen besser künstlerischer Art sich abspielen sollen. Zurzeit liegt aber der Garten noch im Schnee, und auf den Terrassen sieht es noch sehr unwirksam aus. Dafür sind die auch schon fast historischen Wirtschaftsräumlichkeiten des Kroll-Hauses durch den preussischen Staat in Gemeinschaft mit dem Wächter Heinrich Braun in außerordentlich ansehnlicher Weise hergerichtet worden. Der Erbauer der Oper, Architekt Kaufmann, hat hier in Gemeinschaft mit Prof. Cesar Klein mit einfachsten Mitteln in hellen, warmen Tönen intime Raumbildungen zustande gebracht. Der Staat hat aus Schloßern einiges Mobiliar zur Verfügung gestellt, so daß es sich heute in den Sälen und Zimmern, die den Theaterraum umgeben und direkt mit ihnen in Verbindung stehen, durchaus wohl fein läßt. Sämtliche Wirtschaftsräumlichkeiten sind selbstverständlich auch den Richttheaterbesuchern zugänglich und entsprechen den Zwecken einer freundlichen Erholungsstätte inmitten des winterlichen Tiergartens.

Erster Märkischer Wintersporttag.

Bei herrlichem Wintertwetter fand am Sonntag in Freienwalde an der Ober der erste Märkische Wintersporttag statt, der vom Norddeutschen Eisverband und vom Berliner Jugendamt veranstaltet wurde. Eine große Teilnehmerzahl hatte sich eingefunden und die einzelnen Veranstaltungen, insbesondere Skiwettläufe und Kodelrennen erbrachten interessante Ergebnisse. An einer vom Freienwalder Wintersportverein gebauten Sprungbahn wurden Stippränge bis zu 10 Metern durchgeführt. Es ist geplant, diese Veranstaltung in den kommenden Jahren zu wiederholen, da sie den Beweis erbracht hat, daß es auch in der Mark Brandenburg Gelegenheit gibt, die hauptsächlichsten Wintersportarten der deutschen Mittelgebirge auszuüben.

Gemeinschaft proletarischer Musikfreunde. Am Mittwoch, 16. Januar, 8 Uhr, findet im Saalbau Friedrichshagen am Friedrichshagen 162/2, das 2. Symphoniekonzert statt. Das Programm: Symphonie in Es-dur von Wagner, Choräle und Nobiles Liedes aus „Krisan und Nobile“ von Wagner, Dantes-Ente (Erfassung) Heinz Tietzen, Dritte Symphonie in C-moll von Beethoven, werden vom Berliner Symphonie (Bildner)-Orchester unter Leitung Falda Kornblum ausgeführt. Karten im Vorverkauf bei Dole und Koch, Leipziger Str., bei Westheim Leipziger und Königsstr. und bei Foch, Engelauer 23.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. Kreis Kempelhof-Mecklenburg. Donnerstag, den 17. Januar, 7 1/2 Uhr: Kreisvorstandssitzung im Restaurant Ende, Kempelhof, Rostock-Wilhelms, Ecke Berder Straße. Erster Termin. **12. 13. Kreis Friedland.** Die Mitgliederversammlung findet nicht, wie im Vorwärts angegeben, am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag, 7 Uhr, in der Wöhlensche Wöhlensche 20. statt.

Sport.

Sportplatz-Kabarett. Die gestrige Veranstaltung brachte den lang erwarteten Start des italienischen Weltrekordfahrers Girardengo, der beim Anfahren seiner Vorkursstrecke vom Publikum auf das lauthellste begrüßt wurde. Seine plötzliche Fährlichkeit muß anerkannt werden, um so mehr, als es sich um einen ruhig und sicher fahrenden Menschen handelt. Das überwältigende Daus verfolgte dann spannend das internationale Verfolgungsrennen. Die deutsche Seite hatte die Fahrer Bauer, Döller, Tieg und Dutsche gestellt, während sich die ausländische Mannschaft zusammensetzte aus Girardengo, Rigoletto (Italien), und Kottler (Schweiz). Gleich zu Beginn dieses Rennens zog die deutsche Mannschaft derartig tapfer los, daß die geübte Verfolgung, sie werde dieses Tempo nicht lange einhalten, selber allzu bald letzten Boden fand. Kottler löste das aus und nun setzten die beiden italienischen Randschmänner ihre ganze Kraft ein. Von der deutschen Seite mußte Bauer aufgeben. Schließlich siegte die italienische Mannschaft nach 28 Runden in sechs Minuten vierzig Sekunden. Der Große Wintersporttag, der eine gute internationale Beteiligung gefunden hatte, brachte den Sieg Gahns der Sadow und Kaufmann (Schweiz). Leider kam beim Endlauf der Holländer van Vel zu Fall, so daß eine Schulerletzung zu und mußte an der weiteren Teilnahme des Rennens verzichten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Zeitungsführer als Arbeitgeber.

Nachgebot statt Tarifvertrag.

Die Angestelltenorganisationen und zwar der JdL und der GdL, hatten zu Dienstagabend eine öffentliche Kundgebung im Bekrerenhaus veranstaltet, um gegen das unglaublich rückwärtsichtige Vorgehen der Groß-Berliner Zeitungsvorleger, das diese seit dem letzten Buchdruckerstreik auch gegen ihre Angestellten belegen, zu demonstrieren. Die Zeitungsvorleger lassen sich auf keine tarifliche Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen mehr ein, da ihnen die einseitige Festsetzung spießbürgerlicher Gehälter in Form von Hausarbeiten unter Ausnutzung der Furcht vor Stellenlosigkeit, profitabler erscheint. Zugleich spekulieren sie darauf, durch ihre „Hausarbeiten“ die Position der Angestelltenorganisationen zu schwächen und zu untergraben.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Kufhäuser als erster Redner des Abends zeigte an Hand umfangreichen Materials das Bestreben der Unternehmer im ganzen Reich, alle tariflichen Abmachungen zu hinterziehen, den Tarifvertragsgedanken zu mißachten. Die Unternehmerpresse weist immer wieder darauf hin, daß die Wirtschaft nur gedeihen könne, wenn die Löhne und Gehälter höchstens zwei Drittel der Vorkriegslöhne ausmachen. Die Groß-Berliner Zeitungsvorleger verstehen diesen Standpunkt der Unternehmerverbände mit vollem Eifer. Dennoch mühten sie sich nach ihrer Kundgebung, den Abkommen hin und wieder auch einen Artikel vorzusetzen, der sich mit den sozialen Äußerungen der Arbeitnehmerschaft befaßt. Den Angestellten, die diese auf Außenwirkung berechneten Artikel lesen und unwillkürlich ihre Tendenz mit der gegen sie bestehenden Praxis in den Betrieben ihrer Zeitungen vergleichen müssen, erscheint dieser Zwiespalt zwischen Geschäftsreklame und Profitprognis wie blutiger Hohn auf ihre Lage.

Der Berliner „Börsewart“ schrieb am 14. Januar: „Es ist richtig, daß der Reallohn des deutschen Arbeiters niedrig genug ist und im allgemeinen hart an der Grenze des Tragbaren steht.“

Dann dürfte aber auch nicht verschwiegen werden, daß in den Zeitungsbetrieben die Grenze des Tragbaren schon überschritten ist. Trotz ihrer verschiedenen politischen Richtungen scheinen die bürgerlichen Berliner Tageszeitungen alle darin einig zu sein, die Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft aufs äußerste herabzudrücken, die Arbeitnehmerinteressen niederzuknüpfeln.

Der Redner weist auf ein Bild im „Weltspiegel“ des „Berliner Tageblattes“ vom Sonntag, den 13. Januar, hin, das eine der Feldtäfelchen des „Tageblattes“ zeigt, durch die das Unternehmertum die Not lindern hilft. Das ist gewiß sehr schön, aber dann sollte der Verlag doch auch an seine Arbeiter und Angestellten denken.

Unter lebhaftem Beifall schloß Genosse Kufhäuser mit der Versicherung, daß die Gewerkschaften zu gegebener Zeit die Scharte ausmehren werden.

Die nachfolgenden Redner, Hrl. Eisenbraun, Genosse Bublitz, B. Schmidt und Jäger, ergänzten die Ausführungen und zeigten noch einmal das ganz brutale Vorgehen der Unternehmer.

Angestellte, die nicht unerschrieben, wurden entweder auf die Straße geschickt, oder sie erhalten solch keine Abschlagszahlungen, daß sie mit ihren Familien hungern.

Die Firma Ullstein, Verlag der „demokratischen“ „Vorpost“, war die erste, die ihren Angestellten Verträge diktierte. Nachstehende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 15. Januar im Lehrvereinshaus versammelten Angestellten des Groß-Berliner Zeitungsgewerbes protestieren mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch der Arbeitgeber, im Zeitungsgewerbe vom Tarifvertrage wieder zum Einzelgehaltsabstufung überzugehen. Die Versammlten sind entschlossen, der gewissenlosen Zerstückelung ihrer Sozialität im geschlossenen Abwehrkampf zu begegnen. Sie rufen die Angestellten der übrigen Verlage auf, die Kollegenschaft im Zeitungsgewerbe in ihrem Ringen um die Erhaltung des Tarifvertrages tatkräftig zu unterstützen.“

Lohnunterschiede in der Silberindustrie.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Silberarbeiter nahmen Montag in einer Vollversammlung Stellung zum Bericht Henschels über die letzten Lohnverhandlungen. Schon vor Weihnachten hatten die Unternehmer einen Entwurf für eine Lohnregelung der Branchenkommission eingereicht, der unverständlich die Tendenz zeigte, die Spanne zwischen den Gelehrten, Angelernten und Ungelernten zu vergrößern. Ein Gegenentwurf der Kommission teilte die männlichen Arbeiter in drei Gruppen, die eine Lohnunterschied von 10 Proz. haben sollen. Für die weiblichen Berufsangehörigen war die Gruppeneinteilung ähnlich; der Lohn sollte hier 80, 75 und 70 Proz. der Männerlöhne betragen.

Nach äußerst langwierigen Verhandlungen machten die Unternehmer ein letztes Angebot, das dahin ging: Für alle gelernten Arbeiter soll der Mindesteinstellungslohn 60 Goldpfennige sein; Angelernte und Hilfsarbeiter mit fünfjähriger Tätigkeit 40 Pf., unter 5 Jahre 30 Pf. Die Vollzeiterinnen sollen 20 Pf. Lohn erhalten, andere Arbeiterinnen 20 Pf., Jugendliche 15 Pf. Die Regelung bis zu den Höchstlöhnen soll betriebsweisen Verhandlungen überlassen bleiben. Die Arbeitgeber erklärten, daß die gegenwärtigen hohen Geschäftskosten durch entsprechende niedrige Löhne ausgeglichen werden müssen.

Das ist ein Standpunkt, der in seiner naiver Offenheit wenigstens klar ausspricht, warum man die Löhne abbauen will. Die Arbeiter sollen büßen, was die Unternehmer durch ihre schänderhafte Gewinnpolitik, durch die skandalöse Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien, durch den Kartellwucher verschuldet haben. Die Versammlung lehnte das Angebot der Unternehmer einstimmig ab.

Auch in der Chirurgiemechanik.

Dem allgemeinen Vorgehen aller Arbeitgebergruppen folgend, versuchten auch die Arbeitgeber in der chirurgischen Industrie einen Abbau der Löhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen. Das Diktat des BMD gab dem Arbeitgeberverband für Chirurgiemechanik Veranlassung zu einem ähnlichen Vorgehen, indem er der Branchenkommission der Arbeitnehmer mitteilte, daß nunmehr der Lohn in einer Akkordbasis von 41 Pf. nebst einem Sozialzuschlag von 4 Pf. pro Stunde bestehen solle. Daneben setzte

man die Arbeitszeit auf Grund der Kündigung des Mantelstoffs auf 54 Stunden fest.

In offiziellen Besprechungen auf Einladung der Arbeitgeber machten die Unternehmervertreter drei Vorschläge, die sie ihrer Vollversammlung zur Annahme empfehlen wollten: Entweder 48 Pf. zuzüglich 6 Pf. Sozialzulage für Verheiratete oder, bei Ablehnung der Sozialzulage durch die Arbeiter, pro Stunde 48 Pf. nebst einer Zulage von 6 Pf. für Arbeiter über 24 Jahre, oder aber einen Stundenlohn von 51 Pf. ohne alle Zulagen. Außerdem schenken man geneigt, für Lohnarbeiter, die zum niedrigsten Lohn arbeiten, eine Ausgleichszulage zu geben. In bezug auf die Arbeitszeit glaubten die Arbeitgeber die Abmachungen in der Metallgroßindustrie auch für die chirurgische Branche einführen zu können.

In den offiziellen Verhandlungen am Freitag vergangener Woche erklärten die Arbeitgeber, von ihren Vorschlägen abgehen zu müssen. Sie kamen mit einem Diktat folgenden Inhalts: Sollte die Kommission der Arbeiter eine Akkordbasis von 45 Pf. und eine Sozialzulage von 5 Pf. für Verheiratete ablehnen, könne man nur eine Akkordbasis von 48 Pf. bewilligen. Alle Verträge, die Arbeitgeber zu einem anderen Vorschlag zu bewegen, schlugen fehl, sie blieben bei ihrem Diktat.

Eine Vollversammlung der chirurgischen Branche nahm am Dienstagabend zu diesem Diktat der Unternehmer Stellung. Colliès präsierte am Schluß seiner Ausführungen die notwendige Stellungnahme der Vollversammlung dahin, daß zu entscheiden sei zwischen der Anrufung des Schlichters oder dem Beschluß, tariflos zu arbeiten. Daß die Unternehmer an ihrem Diktat festhalten, beweisen in den Betrieben bereits herausgebrachte Anschläge des Inhalts, daß die Weigerung, zu den diktierten Bedingungen zu arbeiten, die Kündigung zur Folge habe.

Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Schlichter anzurufen zur Regelung des Lohnstreites.

Amsterdam oder Moskau.

Die JGD. berichtet, ist der Niederländische Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Vödelei-, Schokoladen- und Zuckwarenindustrie aus der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter ausgetreten. Der Niederländische Verband protestierte seit dem Frühling 1922 gegen die Aufnahme der russischen Organisation der Lebensmittelarbeiter. Auf dem im September 1923 in Brüssel abgehaltenen Kongreß der Internationale wurde jedoch die Aufnahme der Russen mit geringer Mehrheit, d. h. mit 22 gegen 20 Stimmen beschloß.

Die niederländische Organisation ist mit ihrem Austritt einem Beschluß ihres im Mai 1923 in Rotterdam abgehaltenen Kongresses nachzukommen und hat dem Vorstand der Internationale in einem ausführlichen Schreiben mitgeteilt, daß die Organisation nicht Seite an Seite mit einem Verband Mitglied der Internationale zu sein wünsche, der laut Statuten der Roten Gewerkschaften internationale die Aufgabe hat, die Amsterdamer Richtung zu bekämpfen.

Ein Stahlhelm-Steiger.

Im „Kamp“, dem offiziellen Organ der Knappkassener-Genossenschaft, ist unter den Steigerberichten der Steiger das eines Fahrsteigers zu finden, das alle übrigen in den Schatten stellt. Der Mann empfiehlt sich als tüchtiger Verächler, als Beamter im Kali und Abweilen und als guter Marxist. Außerdem aber ist er

„in Lohn- und Bedingeladen firm. Energieisch im Umgang mit den Arbeitern, national gesinnt, Stahlhelm usw.“

Daß ein Mann mit solchen Eigenschaften sich durch Inzerat erst eine Stellung in seinem Beruf suchen muß, ist darauf zurückzuführen, daß der Stahlhelm-Steiger wegen Vertriebsfeindlichkeit bis Ende März abgedant wird. Offenbar weiß man seine ideale Gesinnung auf der bisherigen Stufe nicht recht zu würdigen; er kann sogar schon vor Ablauf seiner Kündigungsfrist gehen und eine neue Stellung antreten.

Die nationale Stahlhelmpfennung scheint unter den Steigern immerhin noch fest zu sein, wenn der Energieische darauf insistiert, durch seine Anbitterung auf offenem Markte bei Stellenbelegung bevorzugt zu werden.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein von der Arbeitskonferenz zu Washington im Jahre 1919 beschlossener Entwurf eines internationalen Übereinkommens bezweckt einheitliche Maßnahmen hinsichtlich der Regelung des Arbeitsmarktes.

Es sieht vor allem vor, daß jeder Mitgliedsstaat, der das Übereinkommen ratifiziert, ein System öffentlicher Arbeitsnachweiskstellen einzurichten hat, die unter der Aufsicht einer Zentralbehörde stehen und unentgeltlich arbeiten. Zur Beugung aller die Tätigkeit dieser Stellen betreffenden Angelegenheiten sind Ausschüsse zu bilden, in denen Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sein müssen. Wenn unentgeltliche öffentliche und private Arbeitsnachweise nebeneinander bestehen, sind Maßnahmen für ein Zusammenarbeiten nach einem das ganze Land umfassenden Plan zu treffen.

Zuserdem enthält das Übereinkommen Bestimmungen über die Mitteilung von statistischem Material über die Arbeitslosigkeit an das Internationale Arbeitsamt sowie über den Abschluß von Gleichbehandlungsverträgen zwischen Mitgliedsstaaten, die eine Arbeitslosenversicherung besitzen. Diesen Entwurf haben bis jetzt ratifiziert: Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Großbritannien, Griechenland, Indien, Italien, Japan, Norwegen, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Spanien und Südafrika, insgesamt also 15 Länder.

Jahrgang der Löhner. Die Lohnkommission hat — wie bereits mitgeteilt — den beabsichtigten Lohnabbau von 10 Proz. abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß ist angeufen. Sobald ein Schlichterspruch vorliegt, wird eine Jahrgangerversammlung sich darüber schlüssig werden.

Die Jahrgangerversammlung.

Beantwortlich für Politik: Groß Redner; Wirtschaft: Wirtz Estrmann; Gewerkschaftsbewegung: F. Götter; Revolution: F. A. Böhmer; Sozialismus und Sozialismus: Paul Röhde; Ausland: H. Bader; Familien in Berlin: Berlin: Formkreis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formkreis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68., Lindenstraße 2.

Zähne 1 und 2 Goldmark
Kronen u. Brücken zähne v. 3 Goldmark an. Weltgehende 3-Jahre-Garantie Teilzahlung gestattet. Zahnziehen bei Bestellung von Gebiß gratis.
Vorzeiger 10 Proz. Rabatt!
Zahn-Praxis Natvani
Danziger Straße 1 (Ecke Schönhauser Allee).

Messing Bettstellen
konkurrenzlos billig
R. Jaekels Patent-Möbel-Fabrik
Markgrafen-, Ecke Kochstraße

Preiswertes Angebot!
Engl. Leder-Manchester-Arbeits-Gestricke
Knaben-Stoff- u. Wasch-Auszüge auch einzelne Knaben-Hosen
München-Glad. Hosen-Zentrale
NW. 57, Deusselstr. 39, Blauer Laden, am Ringbahnhof Deusselstr. 77
Fahrgeldvergütung
Achtung! Wiederverkäufer!
Ich war der billigste und bleibe der billigste bei bekannter realer Bedienung
Marken-Zigaretten!
Manoll, Reemtsma, Josselt, Wesselt, Konstantin, Batschari usw.
Zigaretten nur ersier Häuer!
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Muthaekirchstraße 24
(siehe Anzeiger) Mpl. 15157

Garderobe
sehr preiswert.
Herren-Damen-
Anzüge, Mäntel, Kleider, Mäntel, Paletots, Cutaway, Kostüme, Röcke, Hüte, Strickjacken.
Teppiche, Brücken, Gardinen, Stepp- und Ruhebettdecken.
Bequemste Teilzahlung.
Gebr. Kassner
Hölowstraße 6, am Nolln-Torplatz
Marken-Zigaretten
Saba Moslem, Zuban, Blaukopf, Reemtsma, Pico, Batschari, Wesselt, Privat, Klasse usw.
Zigaretten + Rauchtabake
Waterkücken, 100 Gr. 60 Pf., kaufen Sie am billigsten bei
Haupt-Schulze-Str. 1
Paul Lehmann, an der Brunnhilde-Str.

A. BEBEL
Aus meinem Leben
Neuausgabe aus Anlaß des 10jährigen Todestages A. Bebels.
In einem Bande, auf feinstem Dünndruckpapier gedruckt, in Ganzleinen gebunden, mit goldenem Namenszug als Titel.
Preis: 8.- Goldmark
J. G. W. Dieß Nachf. S. 5 W. 63, Cundenstr. 2

Zum zwölften Male
im Verlage der Vorwärts-Druckerei erschienen:
sozialdemokratischer Abreißkalender
„In Rubricierten ausgearbeiteter Bildmotive auf jedem Kalendertage machen ihn zur Hilfe für jeden Ort — Reiche historische Daten und Wissenswerte aus allen Gebieten lassen ihn zu einer Fundgrube für jeden Vorwärtslesenden werden.“
Preis pro Exemplar 1,50 Mark
Sie haben bei allen Zeitungs-Verlegern, in den Warenhäusern der Sozialdemokratie und in der Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3
Besonders billigt